

„Blut und Tränen" für Arme und Ausgegrenzte

Der Generalstreik in Italien kann das Ende Berlusconis beschleunigen

Der faschistoide Regierungschef Berlusconi will die Folgen seiner katastrophalen Wirtschaftspolitik mit einem gigantischen „Sparpaket" von über 90 Mrd. Euro auf die arbeitenden Menschen, auf die Rentner, die Armen und Ärmsten des Landes abwälzen. Gegen den Kahlschlag, der allen bisherigen Sozialabbau noch in den Schatten stellt, hat die CGIL für den 6. September zum landesweiten achtstündigen Generalstreik aufgerufen. Der Appell der mit zirka sechs Millionen Mitgliedern stärksten Gewerkschaft wird von Einzelorganisationen, darunter die kampfstärke FIOM (Metallarbeiter), die Basisgewerkschaften COBAS, die kommunistischen Parteien PRC, PdCI und die 2006 entstandene Kommunistische Arbeiterpartei (PCL) sowie die Linkspartei „Umwelt und Freiheit" (SEL), unterstützt. Der SEL-Vorsitzende, der aus der PRC kommende Ministerpräsident von Apulien, einer der wenigen noch existierenden Mitte-Links-Regierungen, Nicola Vendola, nannte erst unlängst den Generalstreik das wichtigste Kampfmittel der „stattfindenden Klassenkämpfe" und forderte, Gramscis Zivilgesellschaft „wieder mit Leben" zu erfüllen. PRC-Sekretär Paolo Ferrero erklärte, es werde „der härteste Generalstreik in der Geschichte" sein, der in der schwersten Krise des Landes „ein Zeichen" setze. Die beiden anderen Gewerkschaften, die zur linksliberalen Demokratischen Partei (DP) neigende CISL und die katholische UIL, setzen ihren Sozialpaktkurs der Gewerkschaftsspaltung fort und lehnen eine Teilnahme ab. Von ihrer Basis kommt jedoch vielerorts Zustimmung. Aus ganz Italien werden Zehntausende Teilnehmer an der Protestdemonstration in Rom erwartet. Kundgebungen sind in zahlreichen weiteren Städten angesagt.

Den Hintergrund des Ausstandes bildet die seit Monaten schwelende Krise des Berlusconi-Regimes, die längst nicht mehr nur eine der Regierung ist, sondern eine das politische System des Kapitals erschütternde. Führende Kapitalkreise haben Berlusconi bereits fallengelassen (siehe „Wann stürzt der Mediendiktator", UZ v. 5.8.). Sein Ende in den nächsten Monaten ist gewiss, der Generalstreik könnte es beschleunigen, wie es bereits im Dezember 1994 einmal der Fall war. Aber das Kapital gewährt Berlusconi eine Galgenfrist. Um den drohenden Staatsbankrott abzuwenden - mit einer Staatsverschuldung von 120 Prozent des Bruttoinlandsprodukts belegt Italien hinter Griechenland den zweiten Platz — soll er nach den Vorgaben aus Brüssel das gigantische, „Sparpaket" genannte Programm eines unvorstellbaren sozialen Crashes nach dem Vorbild Athens durchpeitschen. Das soll seinem Nachfolger eine Verschnaufpause beim Sozialabbau verschaffen und ihm insgesamt ermöglichen, Berlusconi die Schuld am wirtschaftlichen Desaster zu geben und zu erklären, es sei kaum möglich, eine rasche Änderung herbeizuführen.

Zunächst war Mitte Juli ein sogenannter Dreijahresplan mit Einsparungen von 48 Mrd. Euro beschlossen worden. Die Opposition, eingeschlossen die DP (Die Linke ist nicht mehr im Parlament vertreten), nutzte die Verabschiedung im Parlament nicht zur Auseinandersetzung mit diesem Crash-Kurs, sondern trug ihn durch Stimmenthaltung aus „nationalem Interesse" mit. Am 12. August wurde ein ergänzendes Paket nachgeschoben, das weitere Einsparungen von 45,5 Mrd. Euro in den nächsten zwei Jahren vorsieht.

Notverordnungen angekündigt

Der von Berlusconi zynisch „Blut und Tränen“ genannte Kahlschlag trifft die Armen und den Mittelstand, während er die Reichen, die Großverdiener und die Steuerhinterzieher verschont. Im öffentlichen Dienst sollen 265 000 Stellen abgebaut werden, in den Regionen (Ländern), Provinzen und Kommunen über 50 000, was Universitäten und Schulen, Krankenhäuser, Altenheime und alle Kulturbereiche trifft. Für jeden Arztbesuch, schon für das Ausstellen eines Rezepts müssen in Zukunft 25 Euro gezahlt werden. Das Rentenalter wird für Männer auf 67, für Frauen auf 65 angehoben. Dadurch sollen 50 Mrd. Euro eingetrieben werden. Mehrere nicht religiöse Feiertage, darunter der 1. Mai, werden gestrichen bzw. in Zukunft auf Sonntage verlegt. Die Maßnahmen sollen durch Notverordnungen durchgesetzt werden.

Schon jetzt unvorstellbares Elend im Süden

Das Sparpaket gibt den Forderungen des Verbandes der Großindustriellen „Confindustria“ Raum die Tarifverträge und den Kündigungsschutz generell aufzuheben, die Gewerkschaftsrechte drastisch einzuschränken, um Entlassungen besser durchsetzen, das Arbeitstempo erhöhen und die Löhne einfrieren oder auch senken zu können. Unter Berlusconi wurden die Tarifverträge bereits durch befristete Arbeitsverträge ausgehebelt, Lohnsenkungen dergestalt verwirklicht, dass Arbeiter mit dem Versprechen, sie wieder einzustellen, gezwungen wurden, in Entlassungen einzuwilligen. Die Wiedereinstellung erfolgte dann mit niedrigeren Löhnen und weniger Rechten, z. B. beim Kündigungsschutz. Für Tarifkonflikte ernannte Berlusconi sogenannte Collegato Lavoro (Schiedsrichter), die verhindern, dass die Beschäftigten vor Arbeitsgerichten klagen können.

Die arbeiterfeindliche Politik ermunterte schon bisher die Unternehmer zu immer rigoroserer Einschränkung der Arbeiterrechte. Im FIAT-Werk Pomigliano d'Arco bei Neapel protestierte die FIOM unlängst mit einem Streik gegen die Entlassung von Arbeitern, die Verlängerung der Arbeitswoche und die Verkürzung der Pausen (womit die 5000 Beschäftigten pro Tag 25 Autos des neuen Panda mehr herstellen sollten). Direktor Sergio Marchionne drohte daraufhin, wenn die Arbeiter und die Gewerkschaften das nicht hinnähmen, werde die Produktion nach Polen oder Kroatien verlegt. Schützenhilfe kam vom „Spiegel“, der in seiner Ausgabe vom 18. Juli in seiner Titelgeschichte den skrupellosen Manager als einen „speziellen Hoffnungsträger“ (für wen wohl?) vorstellte.

Welche Auswirkungen der neuerliche soziale Kahlschlag für die sozial Ausgegrenzten, für die Armen und Ärmsten haben wird, verdeutlichen einige Zahlen: Schon jetzt leben laut Statistischem Amt Istat 8,7 von zirka 60 Millionen Italienern in relativer Armut, 1,15 Millionen Familien sogar in absoluter Armut. In Süditalien, dem Armenhaus des Landes, sind es 47 Prozent der Familien mit drei und mehr Kindern. Das Elend, das dort herrscht, lässt sich kaum noch beschreiben. 29,4 Prozent Jugendliche unter 24 Jahren sind ohne Arbeit. In der Industrie verloren 2008/9 über 100 000 ihren Arbeitsplatz, was die Arbeitslosenzahl auf 1,7 Millionen ansteigen ließ. Das waren 20,6 Prozent mehr als 2007. Von denen, die eine Arbeit hatten, war jeder fünfte schwarz beschäftigt. 30 Prozent lebten an der Armutsgrenze, während es im Norden „nur“ zehn Prozent waren. 17 Prozent konnten den Strom nicht bezahlen, 21 Prozent keine Heizkosten, jede fünfte Familie hatte kein Geld für einen Arztbesuch. Während das Bruttosozialprodukt insgesamt 2009 um 1,5 Prozent sank, waren es im Süden 4,5 Prozent.

Gerhard Feldbauer